

## WAHLPRÜFSTEIN 2

### Landwirtschaft – wohin ?

#### Aussage:

Hohenlohe ist das baden-württembergische Zentrum der konventionellen, intensiven Landwirtschaft mit einer sehr hohen Tierdichte (Massentierhaltung), einer intensiven Landnutzung für Futtermittel und Energiepflanzen (Biogasanlagen) verbunden mit einem hohen Einsatz von chemischen Produktionsmitteln (Pestizide) und auch von chemisch-synthetischen Düngemitteln (Kunstdünger) sowie Gülle. Gülle aus der industriellen Massentierhaltung enthält oft Rückstände: Tierarzneimittel wie Antibiotika oder Wurmmittel, Multiresistente Keime, Metalle, Nitrat, Phosphat, Ammoniak.

Dies stellt für unsere Hohenloher Umwelt eine enorme Belastung dar.

#### Fakt:

In einer Pressemitteilung des statistischen Landesamtes BW aus dem Jahr 2016 wird unser Landkreis SHA als die „**Schweinehochburg**“ des Landes Baden-Württemberg bezeichnet, auf den mehr als ein Fünftel des gesamten Schweinebestands entfällt (424.418 Schweine).

Der Landkreis SHA ist auch bei der **Haltung von Geflügel** Spitzenreiter: **mehr als die Hälfte des „Sonstigen Geflügels“** in Baden-Württemberg wird bei uns gehalten (allein 659.985 Puten)!

Eine regionale Dominanz, die sich so bei keiner anderen Tierkategorie wiederholt.

**Entscheidend gefordert beim Umbau unserer Landwirtschaft ist die Politik.** Ohne konsequente Lenkungsmaßnahmen, die heute noch die „Massenfleischproduktion“ mit den bekannten ökologischen Negativeffekten begünstigen, sind kaum Veränderungen zu erwarten.

#### Fragen:

- (5) **Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass die Tierzahlen pro Fläche reduziert werden?**
- (6) **In welche Richtung muss sich Ihrer Meinung nach die Landwirtschaft in Bezug auf Tierdichte, Ackerbau und Landschaftspflege hier in Hohenlohe entwickeln?**

### Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Sammelantwort zu Fragen 5 und 6:

Hier habe ich eine ganz klare Haltung: Ich begrüße jede Anpassung zu Gunsten von Tierwohl und Ökologie - vorausgesetzt, die Landwirte erhalten dafür eine ernstzunehmende finanzielle Kompensation. Entweder direkt über den Verbraucher an der Kasse oder mittelbar über den Steuerzahler. Wir als Gesellschaft müssen uns endlich klar werden, was uns Tierschutz und eine intakte Umwelt wert sind. Wir kommen an diesem Punkt nur gemeinsam mit den Landwirten weiter. Es hilft nichts, der Landwirtschaft die Alleinverantwortung für die Folgen unseres Lebensstils und unserer Essgewohnheiten zuzuschieben. Auch der Lebensmitteleinzelhandel muss sich seiner Rolle und Verantwortung bewusst werden bzw. von der Politik stärker in die Pflicht genommen werden. Ein konkretes Beispiel: Ich bin überzeugt, dass z.B. jeder Landwirt bereit wäre, seinen Tierbestand um ein Drittel zu reduzieren, wenn sein Einkommen im Gegenzug entsprechend steigen würde.

### Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

## Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

5) Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir sind der Ansicht, dass die Qualität der Tierhaltung keine Frage der Betriebsgröße ist, sondern eine Frage des Haltungsmanagements ist. Wir streiten daher für eine Versachlichung in der Diskussion um die verschiedenen Formen der Tierhaltung ein. Kleinere wie größere Betriebe dürfen nicht durch eine überzogene Verbots- oder Zertifizierungspolitik hinsichtlich ihrer Investitionsfähigkeit überfordert werden. Dies hätte am Ende nur Verlagerungen der landwirtschaftlichen Erzeugung ins weniger um den Tierschutz bemühte Ausland zur Folge. Marktwirtschaft und Tierschutz sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: die Marktwirtschaft kann dazu beitragen, den Tierschutz schneller, kostengünstiger und konsequenter umzusetzen, als dies mit staatlich dirigistischen Korrekturmaßnahmen möglich wäre. Nicht Sondersteuern oder andere Lenkungsmechanismen, sondern klare Regeln und deren staatliche Durchsetzung sichern ein Höchstmaß an Tierschutz. Sowohl hinsichtlich des Tierschutzes als auch mit Blick auf Wettbewerbsgleichheit und Bürokratievermeidung wollen wir bei Nutztierarten sukzessive zu mehr Einheitlichkeit bei den Vorgaben für Haltung, Zucht, Transport und Schlachtung kommen. Dabei ist allerdings aufgrund der verschiedenen Agrarstrukturen zu beachten, dass die Harmonisierung der Vorgaben zeitlich so zu gestalten ist, dass sie nicht zu Strukturbrüchen führt. Wir setzen daher auch auf eine gezielte Agrarinvestitionsförderung, um die Modernisierungsrate von Tierhaltungssystemen auch in Regionen mit kleineren Betriebsstrukturen spürbar zu erhöhen. Nur so kann beispielsweise die Anbindehaltung von Rindern überwunden werden, ohne die Entwicklung der Betriebsaufgaben zu beschleunigen.

6) Wir sind der Ansicht, dass es maßgeblich darauf ankommt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten. Dann sind die Landwirte in der Lage mehr für den Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu tun. Am Willen dazu mangelt es den Landwirten nicht. Wir Freie Demokraten machen uns für eine flächengebundene, ressourcenschonende und nachhaltige Landwirtschaft in Hohenlohe stark. Wir sind überzeugt, dass die Interessen der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Naturschutz Hand in Hand gehen.

Wir wollen Artenschutz und die Erzeugung hochwertiger, heimischer Lebensmittel in Einklang bringen. Dafür braucht es selbstbestimmte Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich durch Eigenverantwortung, Flexibilität und Innovationsfreude auszeichnen.

## Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

5) Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir sind der Ansicht, dass die Qualität der Tierhaltung keine Frage der Betriebsgröße ist, sondern eine Frage des Haltungsmanagements. ( Ein tiergerechter Laufstall mit 80 Milchkühen ist besser als 15 Kühe angekettet im Bio-Betrieb) Wir stehen daher für eine Versachlichung in der Diskussion um die verschiedenen Formen der Tierhaltung ein. Kleinere wie größere Betriebe dürfen nicht durch eine überzogene Verbots- oder Zertifizierungspolitik hinsichtlich ihrer Investitionsfähigkeit überfordert werden. Dies hätte am Ende nur Verlagerungen der landwirtschaftlichen Erzeugung in das weniger um den Tierschutz bemühte Ausland zur Folge, z.B. Osteuropa. Marktwirtschaft und Tierschutz sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Die Marktwirtschaft kann dazu beitragen, den Tierschutz schneller, kostengünstiger und konsequenter umzusetzen, als dies mit staatlich dirigistischen Korrekturmaßnahmen möglich wäre. Nicht Sondersteuern oder andere Lenkungsmechanismen, sondern klare Regeln und deren staatliche Durchsetzung sichern ein Höchstmaß an Tierschutz. Sowohl hinsichtlich des Tierschutzes, als auch mit Blick auf Wettbewerbsgleichheit und Bürokratievermeidung wollen wir bei Nutztierarten sukzessive zu mehr Einheitlichkeit bei den Vorgaben für Haltung, Zucht, Transport und Schlachtung kommen. Dabei ist allerdings aufgrund der verschiedenen Agrarstrukturen zu beachten, dass die Harmonisierung der Vorgaben zeitlich so zu

gestalten ist, dass sie nicht zu Strukturbrüchen führt. Wir setzen daher auch auf eine gezielte Agrarinvestitionsförderung, um die Modernisierungsrate von Tierhaltungssystemen auch in Regionen mit kleineren Betriebsstrukturen spürbar zu erhöhen. Nur so kann beispielsweise die Anbindehaltung von Rindern überwunden werden, ohne die Entwicklung der Betriebsaufgaben zu beschleunigen. Unser Haushaltsanträge für mehr Personal in den Veterinärämtern zugunsten des Tierschutzes und der Lebensmittelüberwachung wurden von grün-schwarzen Regierungskoalition stets abgelehnt.

6) Wir sind der Ansicht, dass es maßgeblich darauf ankommt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten. Dann sind die Landwirte in der Lage mehr für den Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu tun. Am Willen dazu mangelt es den Landwirten nicht. Wir Freie Demokraten machen uns für eine flächengebundene, ressourcenschonende und nachhaltige Landwirtschaft in Hohenlohe stark. Wir sind überzeugt, dass die Interessen der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Naturschutz Hand in Hand gehen.

Wir wollen Artenschutz und die Erzeugung hochwertiger, heimischer Lebensmittel in Einklang bringen. Dafür braucht es selbstbestimmte Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich durch Eigenverantwortung, Flexibilität und Innovationsfreude auszeichnen. Diese Gesamtleistung der Landwirtschaft muss von der Gesellschaft entsprechend bezahlt werden.

### Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 5. Wir wollen Bioproduktion weiter fördern und durchsetzen. Mit besseren Preisen ist auch ein reduzierter Tierbesatz möglich, der den Bauern ein gesichertes Einkommen ermöglicht.

zu 6. Alles geht nur über bessere Preise für gute landwirtschaftliche Produkte. Dann können und werden eine geringere Tierdichte und geringere Erträge von der Landwirtschaft auch getragen werden. Die Bauern brauchen ein gesichertes Einkommen. Das geht mit Bio, Tierwohl und ähnlichen Labels.

### Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

(5) Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei tiergerechter Landwirtschaft wird. Unser Motto heißt: Klasse statt Masse! Wenn wir Fleisch essen, dann von Tieren, die in der Region artgerecht aufwachsen, die Platz im Stall, Tageslicht und frische Luft haben.

Wir wollen Zweinutzungsrasen fördern und damit auch das Kükenschreddern und -vergasen beenden. Einen Baustein bildet hier die Förderung von mobiler und Weideschlachtung. Unser Ziel ist eine Tierhaltung, bei der Geburt, Aufzucht und Schlachtung in der Region stattfinden. Landwirt\*innen, die bereit sind, mehr in Tierschutz zu investieren oder intensive Tierhaltung zu reduzieren, wollen wir dabei unterstützen.

(6) Eine Landwirtschaft, die Umweltauswirkungen, Tierwohl und genauso die auskömmliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zusammendenkt ist für uns Grüne schon immer eines unserer zentralen politischen Anliegen. Es braucht dazu auch eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg, die dann auch für Hohenlohe angewandt wird. Diese Strategie beinhaltet u.a. dass die Förderprogramme in der Landwirtschaft daran ausgerichtet werden sollen, dass eine Förderung nur erfolgt, wenn deutlich höhere Tierschutzstandards erfüllt werden.

## Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

5. ja - artgerechte Haltung funktioniert nur über mehr Platz pro Tier mit entsprechendem Auslauf und Weide- bzw Freihaltung.

6. Kleinere Einheiten sind zu realisieren - einhergehend mit der Reduzierung des Bestands an Rindern, Schweinen und Geflügel. Der übermäßige Wurst- und Fleischkonsum der Gesellschaft muss reduziert werden. Die Reduktion der Tierzahl muss vor allem im Billig-Sektor stattfinden. Dadurch erreichen wir eine dringend notwendige Reduzierung des Methan- und CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Landwirtschaft. Durch weniger Gülle wird das Grundwasser geschützt. Wir brauchen viel mehr biologisch gedüngt und bewirtschaftete Flächen. Ich favorisiere auch den Anbau verschiedener Getreidearten, Wiederentdeckung alter Sorten ... Weg von der Fülle an Lebensmitteln auf Weizenbasis.

Kleinere Ackerflächen mit Hecken dazwischen, damit sich die Bienen, Insekten und Vögel im Bestand erholen können und das Artensterben gebremst wird. Es müssen Maßnahmen realisiert werden, die einer Austrocknung und Überhitzung der Landschaft vorbeugen. Kleinere Einheiten sind resilienter gegen die stärker werdenden Hitzewellen, Dürren, Stürme usw. Die Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Faktoren hin zu einer gesamtgesellschaftlichen nachhaltigen Lebensweise.

## Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

(5) Auf jeden Fall, um die Massentierhaltung zu begrenzen und eine artgerechte Tierhaltung zu fördern, müssen Höchstquoten beim Tierbestand pro Wirtschaftsfläche festgelegt werden. Diese können mit der Zeit erhöht werden.

(6) In Hohenlohe, wie überall anders auch, sollten wir Schritt für Schritt eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung von 100 % erreichen. Alle Tiere müssen so gehalten werden, dass es ihrer Art entspricht, z.B. sie genügend Bewegung haben und gesundes Futter erhalten.

Die Böden müssen so behandelt werden, dass sie auch noch in 10 oder 20 Jahren und darüber hinaus landwirtschaftlich genutzt werden können. Aktuell versiegelte Flächen, die nicht mehr genutzt werden, können entsiegelt werden, um neue Grünflächen zu schaffen.

## Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

## Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(5) Ja. Es ist zwingend notwendig, die Tierhaltung in Zukunft an die zur Verfügung stehende Fläche zu koppeln. Wenn viele landwirtschaftliche Betriebe auf "Bio" umstellen, wird die Tierzahl ohnehin reduziert werden.

(6) Im nächsten Jahrzehnt sollte ein Drittel bis die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands ökologisch bewirtschaftet werden, in gleichem Maße natürlich auch in Baden-Württemberg und Hohenlohe. Damit wäre Deutschland europaweit Vorreiter und könnte die Standards vorgeben. Übrigens: Wenn man ganz Deutschland biologisch bewirtschaften würde, müsste man den Fleischkonsum um 60 Prozent reduzieren - das käme den Tieren, der Natur und auch der Gesundheit des Menschen zugute!

Gerne möchte ich hier einmal aus dem aktuellen ÖDP-Wahlprogramm zur Landtagswahl zitieren:  
"Weniger Tiere, bessere Haltungsbedingungen, weniger Pestizide im Ackerbau, Erhalt und Pflege der Streuobstwiesen, Betreuungsverträge mit Naturschutzverbänden, angepasster und insektenschonender Pflanzenschutz, Umsetzung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes..."

### Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

### Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Die Tierhaltung muss durch Tierhaltungsverordnungen des Bundes verbessert werden, zugleich müssen Handel und Erzeuger sowie der Bund mit transparenten Kennzeichnungen höhere Tierhaltungsstandards erreichen.

Wir wollen einen neuen Agrarkonsens, der Landwirtinnen und Landwirten stabilere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen sichert, die Umwelt (Boden, Wasser und Klima) stärker schont und den Rückgang von Artenvielfalt und Insekten stoppt und umkehrt.

Denn wir haben eine dreifache Krise der Landwirtschaft: eine ökonomische, eine ökologische und eine des verloren gegangenen Verbrauchervertrauens. Diese Krise muss überwunden werden, was mit den bisherigen Rezepten nicht funktioniert. Dazu muss neben anderen Maßnahmen das gesamte Fördersystem (bei gleichbleibendem Gesamtaufkommen) umgebaut werden.

### Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort